

# Landkreis Teltow-Fläming

Personalrat  
Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 2. April 2025  
Auskunft: Frau Schrader  
Zimmer: C3-0-01  
Telefon: 03371 608-1091

Kreistagsbüro  
An den Kreistagsvorsitzenden  
Herrn D. Eichelbaum

im H a u s e

## Stellungnahme des Personalrates des Landkreises Teltow-Fläming zur Kreistagssitzung am 07. April 2025 TOP 7 „Haushalt“ insbesondere zu Pkt. 2.2.2. Personalangelegenheiten des Haushaltssicherungskonzeptes

Sehr geehrter Herr Eichelbaum,

wie Ihnen bereits bekannt ist, gehen die Auffassungen zum Haushaltssicherungskonzept des Personalrats, insbesondere zu den Personalangelegenheiten, und der Dienststelle etwas auseinander.

Der Personalrat hat in seiner Sitzung am 02.04.2025 beschlossen, Ihnen daher diese Stellungnahme zukommen zu lassen. Der Personalrat kann inhaltlich dem Haushaltssicherungskonzept folgen und stellt den Haushaltsgrundsatz zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch nicht in Frage.

Die geplante „Haushaltskonsolidierungsmaßnahme“ von ca. 14 Mio € Personalkosteneinsparung wird aus unserer Sicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen und hat somit Auswirkungen auf das Grundrecht „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“.

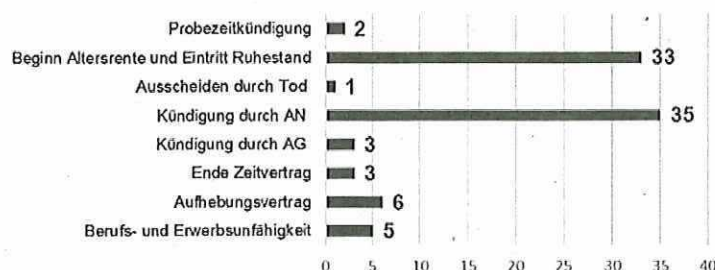
Es wird mit der geplanten Einsparung in Kauf genommen, dass jeden Monat mehr als 150 Stellen in der Verwaltung nicht besetzt sind. „Dieser finanzielle Konsolidierungsbetrag würde einer Nichtbesetzungsquote von ca. 15,98 v. H. entsprechen.“ (Haushaltssicherungskonzept Seite 13)

Das bedeutet, dass bereits damit geplant wird, dass auch in diesem Jahr und den nächsten Jahren mindestens 150 Stellen jeden Monat nicht besetzt werden. Für uns als Personalrat eine Konsolidierungsmaßnahme in Anführungsstrichen und auf Kosten unserer Beschäftigten und letztendlich auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen unseres Landkreises.

Bereits seit Jahren schiebt unsere Verwaltung immer wieder ca. 100 freie Stellen vor sich her. Ein Grund liegt sicherlich darin, dass nicht die altersbedingten Abgänge am höchsten liegen, sondern wie man der Herangehensweise zur Stellenplanung 2025 entnehmen konnte, die Kündigungen aus den verschiedensten Gründen schon im Jahr 2023. (beigefügtes Übersicht aus Informationsvorlage in der Kreistagssitzung vom 16.12.2024 zu TOP 13 Seite 8)

### Beendigungsgründe

Stichtag 31.12.2023



Ja wir wissen, dass es Haltegespräche gibt. Aber wurde auch kritisch hinterfragt, welche Gründe dazu führen? Wohnortnahe Beschäftigung und Geld gehören zu der einen Seite der Medaille. Es gibt aber auch andere, dazu gehören u. a. sicherlich die rein menschliche Seite, die Nichtgenehmigung von alternierender Telearbeit aufgrund der fehlenden Ausstattung oder gar die Ungleichbehandlung bei der Verfahrensweise zur Besetzung von Stellen und bei Beförderungen.

Die Folgen sind spürbar.

Das fehlende Personal führt zu einer Höherbelastung des Bestandspersonals. Dauerbelastungen führen wiederum zu Krankheitsbildern, zu denen nicht unbedingt die Erkältungskrankheiten zählen, und damit verbundenen vorübergehenden auch längerfristigen Ausfällen von Beschäftigten.

Mehrarbeit gehört in manchen Bereichen zur Normalität.

Die Frage nach der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes sowie des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bleiben dabei aus unserer Sicht auf der Strecke.

Die Bearbeitung von Anträgen aber auch die Anfragen der Abgeordneten ziehen sich durch Fehlzeiten in die Länge. Das ist für die Beschäftigten eine Last, mit der sie umgehen müssen, aber nicht jeder ist für eine Dauerbelastung geschaffen.

Die Besetzung und die Finanzierung der Stellen dienen nicht nur der Verwaltung selbst, sondern, und das im Besonderen, der Aufgabenerledigung im Interesse der Bürger und Bürgerinnen unseres Landkreises.

Uns ist bewusst, dass in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ggf. auch an Personalkosten gespart werden muss. Es sollte aber mit Bedacht herangegangen werden, denn wenn der Personalkörper aufgrund der unterschiedlichsten Defizite auch weiterhin trotz geplantem Personal schrumpft, wird man an anderen Stellschrauben handanlegen müssen, z. B. Abstriche von lieb gewonnenen Standards oder auch Verlängerung von Bearbeitungszeiten.

Um nicht die Unzufriedenheit der Beschäftigten voranzutreiben und weitere Abwanderungen zu verhindern, möchten wir Sie bitten, unsere Interessen stellvertretend für alle Beschäftigten des Landkreises bei der Entscheidungsfindung einfließen zu lassen.

Lanfristig geht es uns darum, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung trotz der vorliegenden Umstände auch im Interesse der Bürger und Bürgerinnen sicher zu stellen.

Frau Wehlan erhält eine Durchschrift dieser Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Schräder  
Vorsitzende